32. Jahrgang. Sonnabend, 30. November. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

№ 18019. Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Breslau, 30. Nov. (W. T.) Bei der gestrigen Tafel im königlichen Schlosse toastete der **Kaiser** auf den Grafen Moltke in Erinnerung an die vor fünfzig Jahren erfolgte Verleihung des Ordens pour le mérite an denselben; er gedenke des Feldmarschalls gerade hier unter den Militärs und in Schlesien und trinke deshalb auf sein Wohl. Nach der Tafel fand Cercle statt.

Berlin, 30. Novbr. (Privattelegramm.) Die Vorlage betreffs Einrichtung einer subventionirten **Dampferlinie zwischen Hamburg und Ostafrika** soll nächsten Donnerstag vom Bundesrath erledigt werden. Die Annahme derselben ist zweifellos. Der Reichstag wird sich noch vor Weihnachten mit der Vorlage beschäftigen können.

London, 30. November. (Privattelegramm.) Ein **brasilianisches Kriegsschiff** bei Plymouth hatte die neue Flagge der brasilianischen Republik aufgezogen. Der Hafenadmiral hat jedoch die sofortige Einziehung derselben befohlen.

Rom, 30. November. (Privattelegramm.) Auf den **hyerischen Inseln** finden **militärische Aufnahmen** statt. Die Inseln sollen als Vorwerke Toulons **stark befestigt** werden.

Brüssel, 30. November. (Privattelegramm.) Aus **Rio de Janeiro** wird gemeldet: Der Pöbel zerstörte mehrere Jesuiten-Missionshäuser, weshalb die Regierung alle Ordenshäuser schloß. Die Jesuiten wandern nach Belgien aus.

Newyork, 30. Nov. (W. T.) Einer Depesche aus Rio de Janeiro zufolge hat **Frankreich die brasilianische Republik anerkannt.**

Politische Uebersicht.

Danzig, 30. November.

Die Wirkung des Socialistengesetzes auf Frauen und Kinder.

Vor wenigen Tagen kam vor einer Strafkammer des Berliner Landgerichts eine jener Anklagen wegen „Geheimbündelei“ zur Verhandlung, welche nachgerade ein Hauptobject der deutschen Rechtsprechung zu bilden scheinen. Der wichtigste Theil des Anklagematerials war hierbei in folgender Weise beschafft worden. Bei dem angeklagten Steinträger hatte ein Polizeiwachtmeister eine Haussuchung vorgenommen. Die Frau des Angeklagten versuchte während der Haussuchung ihre 11jährige Tochter mit einem Korbe, angeblich „zum Einholen“, fortzuschicken; der Beamte hielt das Kind an und fand bei Revision des Korbes in demselben mehrere Tausend „Sammelbons“ ohne Stempel und eine kleine Anzahl solcher mit Stempel vor. Da die Frau überdies augenscheinlich sich einem in der Küche hell brennenden Feuer zu nähern strebte, verlangte der Polizeiwachtmeister auch, daß sie ihre Taschen revidiren lasse. Der anwesende Gatte widersetzte sich einer solchen körperlichen Visitation. Der auf diese Weise entstandene Streit wurde schließlich dadurch geschlichtet, daß die Frau ihre Kleidertasche ausleerte und der Beamte die dabei zu Tage gekommenen Zettel mit Abrechnungen und Quittungen an sich nahm. Das durch diese Kämpfe im Schoße der Familie gewonnene Material mußte vornehmlich zur Belastung des angeklagten Familienvaters dienen. Der angeklagte socialdemokratische Steinträger wurde für schuldig befunden und zu einer Gefängnißstrafe von mehreren Monaten verurtheilt.

An diesen Thatbestand knüpft der Reichstagsabgeordnete M. Broemel in der jüngsten Nummer der „Nation“ an, um das Socialistengesetz in seiner Wirkung auf Frauen und Kinder einer Untersuchung zu unterziehen. Er führt in dieser Beziehung aus: Wer die praktische Thätigkeit der socialdemokratischen Agitation unter dem Socialistengesetz einigermaßen zu verfolgen Gelegenheit gehabt hat, kann längst nicht mehr darüber im Zweifel sein, welcher Antheil daran gegenwärtig der Frau zufällt. Es handelt sich dabei garnicht in erster Linie um die Frauen, welche selbst als Arbeiterinnen in Fabriken thätig sind und sich bereitwillig der unter socialdemokratischem Einflusse stehenden Arbeiterinnen-Bewegung anschließen. Es kommen dabei vorzugsweise die Frauen in Betracht, welche ausschließlich mit dem Hauswesen befaßt sind, weil ihre Gatten den zum Unterhalt der Familie nothwendigen Verdienst selbst erwerben. Wenn die Frau auch nicht, gleich dem Manne, allenthalben in der Fabrikarbeit steht, so steht sie doch gleich ihm heute fast überall in der socialdemokratischen Bewegung — das ist das Urtheil aller derer, die nicht als Criminalcommissare oder Polizeispitzel, sondern als einfache Beobachter der Entwickelung gefolgt sind. Sie ist gewonnen für die Anschauungen, welche er in seinem Arbeitsverhältniß und im öffentlichen Leben vertritt, sie hilft ihm bei den Arbeiten, welche er als Theilnehmer an der socialdemokratischen Agitation auszuführen hat, sie sucht ihn mit ihrem Leibe zu decken, wenn die Häscher der politischen Polizei ihm und seinem Wirken auf der Spur sind. Unter Kundigen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Feuer des socialistischen Fanatismus in mancher Frauenseele heißer lodert, als in der Brust des Mannes, der unmittelbar im politischen Kampfe steht. Wenn dies nicht öfter unverhüllt aufgedeckt wird, so liegt es an der Intimität der Familienverhältnisse, welche meistens auch das rücksichtsloseste Polizeiauge nicht vollständig durchforschen kann. Einen Einblick in diese Verhältnisse gewährt mancher Socialistenprozeß, auch der gegenwärtig in Elberfeld verhandelte. . . . Kann es überraschen, wenn solche Gesinnung und Thätigkeit der Eltern auch die Kinder in den Dienst einer Agitation zwingt, welche für sie nicht allein ein Streit um materielle Interessen, sondern auch ein Kampf gegen brutale Ungerechtigkeit ist? Das elfjährige Mädchen, das in dem oben erwähnten Falle von der Mutter mit einem Korbe socialdemokratischer „Sammelbons“ angeblich zum Einholen fortgeschickt werden sollte, wußte sicher sehr wohl, um was es sich handelte, war sich klar darüber, daß der durchsuchenden Polizei ein Schnippchen geschlagen werden sollte. Und wie dieses Mädchen, so sind heute Tausende, Hunderttausende von Kindern socialdemokratischer Arbeiter in die Kniffe zur Hintergehung der Polizei eingeweiht. Man hat sich oft gewundert, mit welcher staunenswerthen Schnelligkeit in Großstädten trotz höchster polizeilicher Wachsamkeit socialdemokratische Flugblätter in weit ausgedehnten Quartieren verbreitet werden. Die Lösung des Räthsels ist sehr einfach, wenn man erwägt, daß von den socialdemokratisch gesinnten Eltern die Kinder in früher Morgenstunde, auf dem Schulwege, zur Verbreitung der Blätter angeleitet und angehalten werden. Die vielen Tausende von Kindern, die in ihren Mappen den schlimmen geistigen Zündstoff mit Blitzesschnelle weitertragen, lachen der paar Hunderte von behelmten Polizisten, welche die allenthalben verbreiteten Flugblätter zu sammeln und zu vernichten streben. Eine Schule zur Ueberlistung und Verhöhnung der staatlichen Polizeimacht ist die Benutzung der Kinder zu socialdemokratischen Agitationszwecken längst geworden...

Von allen unheilvollen Wirkungen des Socialistengesetzes ist damit nur eine gekennzeichnet, aber sicher nicht die kleinste. Es ist so bequem, sich darauf zu berufen, daß man mit dem Socialistengesetze doch nichts Schlimmes beabsichtige, daß man nur einen Damm gegen wüste Agitation aufrichten wolle. In Wahrheit verhält sich die Sache umgekehrt. Was man mit dem Gesetze niederhält, ist der unbedeutendste, unschädlichste Theil der socialdemokratischen Bewegung; selbst diesen Theil aber verkehrt das Gesetz in ein Verbrechen und schafft dadurch neue Verbrechen mit allen ihren Folgen, die ohne das Gesetz garnicht vorhanden sein würden. Die schwerste Verantwortlichkeit für die Zukunft tragen deshalb gerade diejenigen, welche sich aller Verantwortlichkeit entschlagen zu können glauben, indem sie der Fortdauer des Gesetzes zustimmen. Wenn sie sich über den Grundirrthum ihrer Anschauung ernstlich belehren wollten, so brauchten sie sich nur einmal mit den Kindern socialdemokratischer Familien zu unterhalten; furchtbar, unabweisbar würde ihnen das Verdammungsurtheil entgegentönen aus dem Mund der Unmündigen.

Die gestrige Sitzung des Reichstages brachte eine langwierige Debatte der Bankvorlage, deren Beendigung durch einen Vertagungsantrag der Mehrheitsparteien verhindert wurde. Interessant war es dabei zu beobachten, daß auf einer Stelle des Hauses der sehr lebhafte Wunsch zum Ausdruck kam, den Ausführungen des letzten Redners, des Herrn v. Mirbach, sofort entgegenzutreten. Dem entsprach ein hastiges Hinsetzen und Aufstehen bei der Abstimmung, so daß Herr v. Levetzow erst nach einer ziemlichen Wartezeit verkündigen konnte: „jetzt steht die Mehrheit für die Vertagung.“ Die Sitzung ist auch sehr lehrreich für diejenigen, die der freisinnigen Partei einen Vorwurf der Verschleppung der Berathung machen. Die gestrige Debatte war fast nur eine allerdings sehr lebhafte Auseinandersetzung zwischen den Agrariern und Mitgliedern der Cartellparteien. Daß dieselbe über einen Gegenstand — Herabsetzung des Zinsfußes für die Antheilscheine der Reichsbank und Herabsetzung der Dividende — der nicht entfernt die Wichtigkeit der colonialpolitischen Fragen besitzt, mehr wie einen Tag bei der Lesung beansprucht, ist jedenfalls ein Zeichen dafür, daß die Cartellparteien keinen Anstand nehmen, bei Sachen, bei denen sie von der Regierung etwas wünschen, länger zu verweilen. Herr v. Dechend führte in sehr interessanter Weise aus, daß die Gutsbesitzer im Verhältniß ihrer Anzahl zu den Handelsfirmen schon viel mehr den Credit der Reichsbank in Anspruch nehmen, als die Handeltreibenden. „Uebrigens“, meinte Herr v. Dechend, „der Herr Reichskanzler interessirt sich lebhaft für die Landwirthschaft und auch er selbst versäumt nie der Landwirthschaft dienstbar zu sein. Wenn er etwas gegen die Landwirthschaft gethan hätte, so würde der Herr Reichskanzler ihm das schon deutlich genug bemerkbar gemacht haben!“ Der einzige freisinnige Redner in der gestrigen Debatte, Abg. Meyer-Halle, nahm nur kurz Anlaß, die Herren Agrarier aufzufordern, falls sie Credit brauchten, doch solche Banken selbst zu gründen, die auch zu 15 Proc. ausleihen könnten. Die Herren möchten nur vorangehen; sie hätten ja die Wasserstiefeln an! Er schloß, die deutschfreisinnige Partei ist einstimmig für die Regierung, wer wünscht mehr?

„Komik“ und Ignoranz.

Es ist allgemach eine Specialität der Cartellpresse geworden: statt Gegner sachlich zu bekämpfen, deren Bemerkungen oder Anträge „komisch“ zu finden. Das Mißgeschick will es, daß durch diese forcirte Fröhlichkeit fast regelmäßig die krasseste Ignoranz hervorblickt. Vor wenigen Wochen wollte sich die „Köln. Ztg.“ halbtodt lachen über den freisinnigen Antrag zum Schutz der Wahlfreiheit durch Einführung von „Angstkammern“. Das witzige Cartellblatt faßte sich erst wieder, nachdem man seiner Unwissenheit durch die Mittheilung zu Hilfe gekommen war, daß diese „komische“ Einrichtung in Australien, in verschiedenen Staaten der amerikanischen Union, in Belgien, in England, in Norwegen — zum Theil seit Jahrzehnten — in ständiger Ausübung sei und sich allenthalben auf das beste bewährt habe.

Ein neuer Fall von „Komik“ wird von der „Nation“ in ihrer jüngsten Nummer folgendermaßen beleuchtet:

Im Parlamentsbrief der letzten Nummer der „Nation“ war bei Besprechung der Verhandlungen über das Schweine-Einfuhrverbot darauf hingewiesen, daß bei der Maul- und Klauenseuche die Ansteckung der Thiere vielfach durch Vermittelung des Menschen erfolge; der Mensch, der mit einer kranken Heerde in Berührung gekommen, trage die unsichtbaren Keime der Seuche mit sich herum und mache sie wirksam, wenn er mit einer gesunden Heerde in Berührung komme. Die „National-Zeitung“ hat diese Stelle durch Abdruck ihren Lesern mitgetheilt, indem sie dieselbe spöttisch als eine „Bereicherung der thierärztlichen Wissenschaft“ bezeichnet. Und die „Nordd. Allg. Ztg.“, welche diese Bemerkung weiter verbreitet, fügt dem aus dem eigenen Geistesschatze noch im Lapidarstil hinzu: „Etwas hinzuzufügen hieße der Komik dieser freisinnigen „Wissenschaftlichkeit“ Abbruch thun.“ Dem gegenüber ist zu bemerken, daß im Jahresbericht des Reichsgesundheitsamts für 1888 allein auf einer halben Seite (72) folgende Fälle verzeichnet sind:

„Trotz vorschriftsmäßiger Ausführung der polizeilich angeordneten Sperrmaßregeln haben Uebertragungen der Seuchen stattgefunden: In Hohenschönhausen, Malchow, Marzahn, Friedrichsberg durch Schlächter und Viehhändler, welche mit kranken Schweinen auf dem Centralviehhofe in Berlin in Berührung gekommen waren; auf den Rieselfeldern der Stadt Berlin durch den persönlichen und wirthschaftlichen Verkehr; in Tarnow durch das häufige Zusammentreffen des Stallpersonals verschiedener Gehöfte bei der Ablieferung von Milch an einen Milchpächter; im Regierungsbezirk Oppel häufig durch Fleischer, welche mit kranken Thieren in Berühruug gewesen waren und sich vor dem Betreten anderer Stallungen nicht gereinigt hatten.“

Zum Schutze gegen die Einschleppung der Seuche empfiehlt denn auch das Reichsgesundheitsamt den Besitzern der seuchenfreien Gehöfte an erster Stelle:

„das Gehöft gegen den allgemeinen Verkehr von Personen abzuschließen und insbesondere Händlern, Fleischern, Schäfern, Kastrirern den Zutritt zu demselben zu verweigern;

„in fremden Gehöften und namentlich in den Stallungen nicht zu verkehren.“

Den Herren von der Cartellpresse — so schließt die „Nation“ ihre Betrachtung — ist zu rathen, statt durch unbegründeten Spott die eigene Unkenntniß zu verrathen, selbst nähere Bekanntschaft mit der Maul- und Klauenseuche zu machen. Ob ihnen ihre Hauptaufgabe, täglich ein paar freisinnige Abgeordnete herunterzureißen, zu solchen Studien die nöthige Muße läßt, mag freilich zweifelhaft sein.

Die handelspolitische Lage, welche durch den für 1892 bevorstehenden Ablauf der französischen Handelsverträge mit Conventionaltarifen geschaffen wird, hat kürzlich der „Economist“ mit besonderer Rücksicht auf England einer Besprechung unterzogen. England hat einst durch den Vertrag mit Frankreich von 1860 dem System jener Handelsverträge, welche mit der Meistbegünstigungsclausel gegenseitige Vereinbarungen über Zollsätze enthalten, die Bahn gebrochen. Als einer der Contrahenten dieses Vertrages gewann es aber zugleich eine specielle handelspolitische Bedeutung für andere Staaten; der englisch-französische Conventionaltarif bildete gewissermaßen den Mittelpunkt der auf Verkehrserleichterungen abzielenden Abmachungen zwischen den continentalen Staaten. Diese Stellung hat ein Ende gefunden, als Frankreich, hauptsächlich auf Betreiben des von jeher stark schutzzöllnerisch gesonnenen Thiers, den Vertrag mit England kündigte. Alle Versuche, zwischen beiden Ländern wiederum einen Tarifvertrag aufzurichten, schlugen fehl, auch als Herr Thiers längst nicht mehr an der Spitze der französische Republik stand; man begnügte sich schließlich mit einem leidlichen Friedenszustande, der jedem Staate das Recht der meistbegünstigten Nation im Verkehr mit dem anderen sicherte. Das neue System von Tarifverträgen, welches Frankreich im Jahre 1881 durch Vereinbarungen mit der Mehrzahl der europäischen Staaten begründete, hatte naturgemäß auch, unter Ausschluß von England, Frankreich zum Mittelpunkt. Das seit jener Zeit immer mehr in Aufnahme gekommene System der autonomen Zollpolitik macht es höchst unwahrscheinlich, daß einfach auf demselben Boden, wie 1860 und 1881, ein Complex von Tarifverträgen errichtet werden wird; das Verhalten Frankreichs, das hierfür entscheidend ist, weist vielmehr darauf hin, daß dasselbe weder für sich allein, noch in Verbindung mit England wird Verpflichtungen eingehen wollen, welche seiner zollpolitischen Selbständigkeit feste Schranken setzen. In England rechnet man denn auch mit diesem Ausgange, freilich ohne darum auf die eigene freihändlerische Handelspolitik im geringsten verzichten zu wollen. Nur eine Forderung stellt der „Economist“ für die Zukunft als maßgebend hin: den Grundsatz, welcher in der Meistbegünstigungsclausel ausgesprochen ist, völlig unangetastet aufrecht zu erhalten. Kann damit auch die thatsächliche Erhöhung vieler Zollsätze, auf welche die Abwendung Frankreichs von dem System der Tarifverträge praktisch hinauskommen würde, nicht aufgehalten werden, so würde wenigstens die Wiedereinführuug von Differentialzöllen unmöglich gemacht werden.

Emin Pascha und die Mahdisten.

Das Londoner Emin Pascha-Comité hat gestern, wie dem „B. Tgbl.“ aus London gemeldet wird, jenen Brief veröffentlicht, welchen der oft genannte Oberbefehlshaber des im vorigen Jahre gegen Emin gesandten Mahdisten-Heeres, Omar Saleh, an Emin schickte. In diesem Brief wird Emin unter schmeichelhafter Anerkennung seines Wirkens aufgefordert, gemeinsame Sache mit dem Mahdi zu machen und sich diesem zu unterwerfen. Dieser Brief wurde bekanntlich von den aufrührerischen Offizieren Emins aufgefangen und die Ueberbringer desselben, drei Derwischoffiziere, wie jetzt Jephson schreibt, grausam gemartert und dann mit Knitteln erschlagen.

Weiter veröffentlicht das Emin-Comité drei Briefe Luptons, des Gouverneurs der Provinz Bahr-el-Gasal, in welchen dieser im April 1884 Emin zuerst von dem Abfall seiner (Luptons) Armee und vom Anmarsch des Mahdi, dann von seinem unabwendbaren Untergang verständigte und Emin warnt. Der letzte Brief Lupton Beys lautet:

„Lieber Emin!

Mit mir ist alles vorüber, alle meine Leute sind zum Mahdi übergegangen. Was ich während der letzten Tage durchgemacht, weiß niemand. Ich stehe ganz allein. Der Bote wird nähere Auskunft geben. Noch nie ist, wie ich höre, eine Armee so gänzlich geschlagen worden, wie die des Generals Hicks (Hicks Pascha, welcher Lupton entsetzen sollte, wurde in den Tagen vom 2. bis 4. November 1883 von den Mahdisten im Engpaß von El Obeid überfallen, eingeschlossen und mit seinem ganzen Heere zusammengehauen). Von seinen 10 000 Mann sind nur 52 am Leben geblieben, und alle diese sind verwundet. Seien Sie auf Ihrer Hut, 10 000 gut bewaffnete Derwische ziehen gegen Sie.“

Wie bekannt ist, schlug Emin diese Armee. Lupton ist noch heute Gefangener des Mahdi.

Die Branja-Affäre.

Gegenüber den serbischen Darstellungen der Branja-Affäre stellen amtliche türkische Berichte fest, daß das türkische Viceconsulat in Branja vor Monaten bei dem türkischen Gesandten in Belgrad über den Mangel an Achtung seitens des Stellvertreters des serbischen Präfecten und über vexatorische Behandlung türkischer Unterthanen sich beschwerte. Der Gesandte Zia Bey habe aus diesem Anlaß an den serbischen Ministerpräsidenten ein nicht amtliches Promemoria gerichtet, das aber gegen den Willen des Gesandten diplomatisch behandelt wurde. Hierauf habe der Viceconsul, von dem Gesandten aufgefordert, die Beschwerden aktenmäßig nachgewiesen und Zia Bey der serbischen Regierung eine Note überreicht, in welcher das Verhalten des Vicepräfecten einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Was die kürzlich verfügte Ausweisung zweier türkischer Unterthanen anlange, so sei einer derselben unter dem Vorwande, daß er Spionage treibe, thatsächlich des Landes verwiesen worden, wogegen der zweite den Schutz des Viceconsulats in Branja nachgesucht habe. Infolge eines Uebereinkommens zwischen dem Gesandten Zia Bey und der serbischen Regierung sei verfügt worden, daß der letzterwähnte türkische Unterthan auf freiem Fuße zu belassen sei; trotzdem sei derselbe aber von dem Vicepräfecten über die Grenze geschafft worden. Die Angelegenheit sei der türkischen Regierung unterbreitet worden.

Bulgarischer Verschwörer und russischer Oberst.

In Petersburger Offizierskreisen macht eine dieser Tage erfolgte Ernennung viel von sich reden. Nach den unter dem jetzigen Kriegsminister gegebenen Beförderungs-Bestimmungen, welche bisher auch ausnahmslos innegehalten wurden, darf kein Bataillons-Commandeur der Linie, gleichviel ob derselbe Oberstlieutenant oder Oberst sei, unmittelbar ein Regiment bekommen; er muß erst einige Jahre ein selbständiges Bataillon befehligen. Jetzt ist nun, als bisher einzige Ausnahme, ein Bataillons-Commandeur in einem Moskauer Regiment, Oberst Keßjakow, zum Commandeur des an der preußischen Grenze stehenden 109. Regiments ernannt worden. Jener Keßjakow, von Geburt ein Bulgare und ehemals russischer Offizier, ist derselbe, welcher an der Verschwörung gegen Fürst Alexander von Bulgarien so wesentlichen Antheil genommen. Er war damals Besitzer eines Gasthofes in Sophia, und bei ihm fanden die Berathungen der Verschworenen statt. Man wunderte sich schon, als er vor etlichen Jahren zum Bataillons-Commandeur ernannt wurde; noch mehr aber ist man über die ihm jetzt zu Theil gewordene Auszeichnung erstaunt.

Reichstag.

26. Sitzung vom 29. November.

Zweite Berathung der Novelle zum Bankgesetz. Nach derselben sollen die Actionäre eine Dividende von $3^1/_2$ Proc. erhalten, von dem Mehrbetrage soll eine Quote von 20 Proc. dem Reservefonds zugeschrieben werden. Der rückbleibende Rest soll zur Hälfte an die Actionäre, zur Hälfte an die Reichskasse gezahlt werden, und soweit die Gesammtdividende 6 Proc. übersteigt, soll der Rest zu einem Viertel an die Antheilseigner, zu drei Vierteln an die Reichskasse fallen. (Bisher erhielten die Actionäre eine Dividende von $4^1/_2$ Proc., und erst bei einer Gesammtdividende von mehr als 8 Proc. erhielt das Reich drei Viertel des Ueberrestes.)

Abg. **Graf Stolberg**, unterstützt von 26 Conservativen, beantragt Verstaatlichung der Reichsbank von 1891 ab.

Abg. **v. Huene** (Centr.) beantragt, die obere Dividendengrenze in der Vorlage von 6 auf 5 Proc. herabzusetzen.

Abg. **Mooren** (Centr.) beantragt eine Resolution, wonach es den Absichten des Reichstages nicht entspreche, daß die Reichsbank sich bei Errichtung von Zweiganstalten von den betheiligten Gemeinden Steuerbefreiungen oder andere Zuschüsse bewilligen läßt.

Ref. Abg. **Büsing** (nat.-lib.) berichtet über die Verhandlungen der Commission.

Abg. Graf Stolberg (cons.): Mein Antrag ist hauptsächlich aus finanziellen Gesichtspunkten gestellt. Insoweit daneben auch wirthschaftliche Gesichtspunkte mitsprechen, sind diese doch keineswegs „agrarisch“, keineswegs von „agrarischer Begehrlichkeit“ dictirt. Wir glauben zwar, daß die Reichsbank im ganzen bisher ihren Beruf erfüllt hat, jedoch wirkt dieselbe nicht genug individualisirend. Wenn man den Antragstellern einen Vorwurf machen kann, so ist es nicht der der Begehrlichkeit, sondern höchstens der, daß sie viel zu sehr von dem Reichsgedanken erfüllt sind.

Abg. v. Benda (nat. lib.): Meine Freunde werden für die Vorlage stimmen. Ganz unrichtig ist die Annahme, es werde das Interesse der Landwirthschaft nicht genug von der Reichsbank gewahrt. Die Bank gewährt ihre Hilfe vielmehr gerade der Landwirthschaft äußerst bereitwillig. Und zwar, wie ich annehmen darf, schon seit 1870, nämlich seit dem Tage, an dem der damalige Kanzler Graf Bismarck hier im Hause wie anderwärts die Landwirthschaft seines besonderen Interesses versichert hat. Es giebt ja sogar Leute, die meinen — so Hr. Bamberger — daß die Bank in ihrem Entgegenkommen gegen die Landwirthschaft eher zu weit, als nicht weit genug geht. Thatsache ist jedenfalls, daß die Bank gerade auch in verhängnißvollen Zeiten ihre Thore der Landwirthschaft weit geöffnet hat.

Reichsbankpräsident v. Dechend: Der Reichskanzler hat sich für die Landwirthschaft stets auf das lebhafteste interessirt, und auch ich werde alles thun, womit ich der Landwirthschaft dienen kann. Die Reichsbank ist doch in erster Linie berufen, der Allgemeinheit zu dienen, weder speciell dem Handel, noch der Industrie, noch der Landwirthschaft. Sie soll Sorge tragen, daß die Währung in Ordnung bleibt, daß Goldvorrath auch in schlimmen Zeiten vorhanden ist. Jede andere Aufgabe, die mit dieser collidirt, hat sie zurückzuweisen. Daraus folgt nicht, daß sie nicht für die Landwirthschaft thätig sein könnte, sondern ich habe das Bewußtsein, daß dies, und zwar im Sinne des Reichskanzlers, geschehen ist, dieser hätte mich sonst wahrscheinlich in sehr deutlicher Weise corrigirt. (Heiterkeit.) Ich habe, als der Wunsch geäußert wurde, für die Beleihung von Gütern leichtere Formen zu bilden, dieselben verfügt. Ich habe die Beleihungen auf Zucker, ein landwirthschaftliches Product von großer Bedeutung, gestattet. Wir haben zum Beispiel Spiritus mit etwa 84 Millionen beliehen, und eine Reihe ähnlicher Erleichterungen der Landwirthschaft sind aus meiner Initiative hervorgegangen. Es würde noch mehr geschehen sein, aber ich habe keine weiteren Anträge gelesen, außer die in dem Werke des Herrn Camp, und das ist allerdings kein sehr gutes Product. Von landwirthschaftlichen Creditvereinen sind derartige Anträge an mich nicht verlautbart worden, mit Ausnahme eines Antrages von einem Creditverein, dessen Kapitalvermögen noch nicht 2000 Mk. beträgt. (Heiterkeit.) Die Reichsbank hat bei Ausbruch des Krieges 1870 niemanden, der Credit nachsuchte, ohne Hilfe gelassen. Damals wurde die Unterstützung der Reichsbank von vielen Gutsbesitzern, Sparkassen, Creditkassen in Anspruch genommen. Die Bank wird auch jetzt von den Gutsbesitzern sehr viel benutzt, und zwar sowohl im Lombard- wie im Wechselverkehr und ebenso beim Discontiren. Bei 13 Bankanstalten bilden die Gutsbesitzer ein Drittel der accreditirten Firmen. Von den 56 000 bei der Reichsbank accreditirten Firmen betrug die Zahl der Gutsbesitzer zwar nur 5000. Sie dürfen jedoch nicht vergessen, daß die Gutsbesitzer im Westen und Südwesten Deutschlands die Reichsbank überhaupt nicht brauchen, weil sie keine Wechselgeschäfte machen. Nur im Osten liegen die Verhältnisse so, und für den Osten allein sind die Zahlen doch bedeutend genug. Landwirthschaftliche Geschäfte haben im ganzen 131 Millionen von der Bank entnommen; das sind durchaus nicht unbedeutende Summen. Die Gutsbesitzer machen auch sehr reichen Gebrauch von dem Giro. Welchen Nutzen haben die Gutsbesitzer weiter durch die Convertirung der Pfandbriefe! Die jährlichen Ersparnisse bloß an den Pfandbriefen belaufen sich auf 5 Millionen. Damit ist nicht gesagt, daß wir nicht noch mehr thun könnten. Wir werden auf alle dahinzielenden Anträge nach bester Ueberzeugung, soweit sie begründet sind, eingehen. Gerade eine außerordentlich große Zahl kleiner Banken sind an der Reichsbank mit Antheilscheinen betheiligt, wie das auch in dem Gründungsplan vorgesehen war. Wenn jetzt gekündigt werden sollte, würde das für sie eine kolossale Schädigung sein, wie sie stärker nicht gedacht werden könnte. Ich bitte um unveränderte Annahme der Vorlage. (Beifall.)

Abg. v. Huene (Centrum): Ich finde in den wirthschaftlichen Verhältnissen keine Veranlassung, für den Antrag Stolberg zu stimmen. Die Fürsorge der Bank für Landwirthschaft und Gewerbe ist lediglich eine Frage der Verwaltung, nicht der Construction. Hätten wir auf landwirthschaftlichem Gebiete eine weitere Hilfe nöthig, wäre ein großes Centralinstitut nothwendig, namentlich auch im Sinne einer Amortisation des Credits, so müßte dieses ganz unabhängig gestellt und nicht ein Anhängsel des Reichsbank sein. Vorläufig kann ich also der Verstaatlichung nicht zustimmen. Mein Antrag sollte ein Vermittelungsvorschlag sein zwischen den in der Commission hervorgetretenen Anträgen auf zu hohe und zu niedrige Bemessung der Dividenden. Eine zu niedrige Bemessung könnte leicht die Inhaber von Antheilsscheinen zur Veräußerung verleiten und so indirect zur Verstaatlichung führen. Für die kleinen Leute ist das Recht, beim Zeichnen sich betheiligen zu können, gar kein Glück gewesen, weil das Reich jeder Zeit kündigen kann. Die kleinen Leute sollen sich lieber an Convertirungen betheiligen und ähnlichen, weniger leicht kündbaren Geschäften. Durch meinen Antrag tritt eine erhebliche Verminderung der Antheile nicht ein, da ja $3\frac{1}{2}$ Proc. in jedem Falle gewährt werden und da sonst ungewiß ist, wie hoch sich die Gesammt-Dividende beläuft. Wir halten 5 Proc. als Durchschnittszahl für genügend.

Staatssecretär v. Bötticher: Die verbündeten Regierungen stehen dem Princip der Verstaatlichung nicht feindlich gegenüber. Der Gedanke ist besprochen worden; wenn die Regierungen ihm nicht näher getreten sind, so liegt das nur daran, daß die Gründe dafür nicht ausreichend genug erschienen sind, um an der bewährten Verfassung der Reichsbank etwas zu ändern. Es ist nicht der Nachweis versucht, geschweige denn geführt worden, daß in der Geschäftsführung der Bank eine verschiedene Behandlung dahin eingetreten wäre, daß Leute, welche dieselbe Creditwürdigkeit nachgewiesen haben, ungleich behandelt worden wären. Der Landwirth, der Handwerker und der Kaufmann haben in derselben Weise Credit erhalten. Dem größeren Nutzen, welchen das Reich aus einer verstaatlichten Bank erzielen würde, steht das größere Risico gegenüber, namentlich im Falle eines Krieges. Es liegt keine Veranlassung vor, an der bewährten Organisation zu ändern, es soll nur eine der veränderten Lage des Zinsfußes entsprechende veränderte Vertheilung des Gewinnes stattfinden. So freundlich für das Reich der Antrag Huene auch ist, so sehr entbehrt derselbe der Billigkeit. Wie kommt das Reich dazu, einen größeren Nutzen aus der Bank zu ziehen? Das Reich hat kein Kapital eingelegt; es gewährt der Bank seinen Schutz; deshalb muß es den Nutzen behalten, den es bisher gehabt hat. Einen größeren Nutzen in Anspruch zu nehmen, liegt kein Grund vor. Und ist denn der Dividendenbezug ein so sehr großer, daß man den Actionären, welche vielfach kleine Leute sind, davon etwas abziehen muß? Wenn die Antheilseigner sich dem Beschluß nicht fügen, dann kommt wieder die Frage der Verstaatlichung oder einer Neugründung. Diesen Schwierigkeiten entgehen Sie durch die Annahme der Vorlage, bei welcher auch das Interesse des Reiches gewahrt ist. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Die Bank hat ihre Aufgabe, die Währung aufrecht zu erhalten, bisher erfüllt, aber wird sie diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen können? Ich bin überzeugt, daß die Bank sich gegen große Goldentziehungen nicht wird wehren können. Wenn unsere Handelsbilanz ungünstig geworden ist und in Zukunft noch ungünstiger werden wird — und das schließe ich daraus, daß die zwei Hauptexportartikel: Spiritus und Zucker, immer mehr zurückgedrängt werden — wie soll dann unser Metallschatz aufrecht erhalten werden, namentlich seitdem Deutschland der Markt für überseeische Goldanleihen geworden ist? Mindestens hätte die Bank ihr Grundkapital vermehren müssen. Dann hätte sie der Industrie und der Landwirthschaft mehr nützen können. Trotzdem Frankreich mit 35 Milliarden verschuldet ist und Deutschland mit den Einzelstaaten nur mit 7 Milliarden, wird Frankreich doch [illegible] leichteren Credit erhalten, weil sein Metallschatz größer ist, als der der Reichsbank. Wir müssen das Grundkapital der Reichsbank mindestens verdoppeln. Wenngleich die Regierung bisher dem Bimetallismus gegenüber sich ablehnend verhält, zeigt doch die Erfahrung mit dem Freihandelssystem, daß auch für unumstößlich gehaltene Wahrheiten fallen können, daß hier eine Aenderung der Währung nicht ausgeschlossen ist. Damit muß auch die Reichsbank rechnen.

Reichsbankpräsident v. Dechend: Zwischen der französischen und deutschen Bank besteht ein sehr erheblicher Unterschied zu unseren Gunsten, wenn unser Grundkapital auch kleiner ist. Die französische Bank hat ebenso wie die englische Bank ihr Kapital in Unternehmungen und Anleihen festgelegt, wir haben das unsrige zur Verfügung. Für den Fall eines Krieges kann die deutsche Reichsbank sofort mit aller Kraft helfen. [illegible] so halte ich es gar nicht für möglich, solche Summen unbenutzt im Kasten liegen zu lassen. Dazu könnte ich entschieden nicht rathen. Ob wir Gold genug im Lande behalten, das hängt nicht von der Organisation der Reichsbank ab, sondern von den Wechselcoursen. Sind diese günstig, so wird das Gold reichlich fließen. Gold wird uns nicht fehlen, denn unser ganzer Handelsstand hat ein Interesse daran, daß diese Lebensader reichlich im Lande pulsirt. Es ist vollkommen verkehrt, dem Handelsstand den Sinn für öffentliche Angelegenheiten absprechen zu wollen. Er hat für solche das lebhafteste Interesse, und man kann nicht sagen, daß dem Handelsstand der Patriotismus fehlt.

Abg. Meyer-Halle (freis.): Die Verstaatlichung der Eisenbahnen kann hier nicht in Vergleich gezogen werden, denn die Regierung wollte die Verstaatlichung der Eisenbahnen, sie will aber nicht die Verstaatlichung der Reichsbank. Wie will man gegen den Willen der Regierung eine Verstaatlichung herbeiführen? Dem kleinen finanziellen Vortheil des Reiches steht das große Risico gegenüber, das allerdings in friedlichen Zeiten nicht so gefährlich sein kann, aber in kritischen Zeiten und namentlich bei Kriegsgefahr sehr schwer ins Gewicht fallen kann. Gegenüber dem Antrage Huene möchte ich bemerken, daß es ein des Reichstags mißlicher Standpunkt ist, sich auf das Feilschen einzulassen. Die Actionäre können die Annahme dieser Offerte verweigern, dann müßten wir ihnen etwas mehr gewähren oder eine neue Bank gründen. Jedenfalls wird die Entscheidung über die Frage, ob Staats- oder Privatbank, dadurch in die Hände der Actionäre gelegt und dem Reichstage und der Reichsregierung entzogen. Die Unglücksprophezeiungen des Hrn. v. Kardorff [illegible], wie seine Prophezeiung vom Juli im „Deutschen Wochenblatt“, daß unter dem Drucke der Goldwährung die Kohlenpreise und namentlich die Preise sinken würden. (Heiterkeit links.) Hr. v. Kardorff hofft auch heute wieder allen Segen vom Bimetallismus. Schlechtes Geld und hohes Glück! Wenn man erst überzeugt sein wird, daß der Staat seinen Wohlstand erhöhen kann, wenn er zu schlechtem Papiergeld übergeht, dann werden sich schon die Talente finden, die den Staat zum Bankerott führen. (Heiterkeit.) [illegible] Talente können schon jetzt dafür in Aussicht genommen werden. (Heiterkeit links.) Daß es uns an Gold im Falle des Krieges fehlen wird, läßt sich nicht beweisen. In den letzten 10 Jahren hat der Wechselcours 7 Monate lang zu unseren Ungunsten gestanden, die ganze übrige Zeit zu unseren Gunsten. Für den Kriegsfall ist überdies der in der Bank lagernde Goldschatz von viel geringerer Erheblichkeit, als [illegible]. Die Verdoppelung des Grundkapitals für den Krieg ist nur ein rein mechanisches Mittel. Die französische Bank hat im Kriegsfall einmal ihre Zahlungen eingestellt. Das ist auch ein Mittel, welches [illegible]. (Heiterkeit links.) Ich sehe keine Veranlassung, an der bisherigen bewährten Organisation etwas zu ändern. Wir stimmen für die Vorlage, die ganze freisinnige Partei für die Regierung! Was will man mehr? (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf Mirbach (cons.): Die Reichsbank, wie sie jetzt besteht, kann der Landwirthschaft nichts bedeutendes nützen, denn den Lombardverkehr kann der Landwirth nur selten gebrauchen. Hr. v. Dechend hat in der ersten Lesung bereits hervorgehoben, daß ein Gutsbesitzer, welcher mit der Bank in Wechselverbindung tritt, bereits in einer gefährdeten Lage sich befinden würde. Der Grundbesitz kann überhaupt heute nicht mehr persönlichen Credit verlangen, als er schon hat. Es würde nur darauf ankommen, ihm den Credit billiger zuzuführen. Das kann die Reichsbank aber nicht, weil sie auf die kurzen Fristen nicht verzichten kann und weil der Gutsbesitzer nur lange Fristen brauchen kann. Dieser Gedanke könnte nur ausgeführt werden, wenn die Reichsbank ein von ihrem sonstigen Kapital gesondertes Kapital dazu zur Verfügung hätte. Eine Verstaatlichung der Reichsbank würde dem Reiche eine ganz erhebliche Mehreinnahme zuführen. Die Mehrzahl meiner Freunde wird für den Antrag Huene stimmen. Ich finde keinen Grund, welcher mich veranlassen könnte, einem Bankantheilseigner mehr zuzuwenden als nothwendig ist. Da die Bank fast absolut sicher ist, werden die Antheilseigner mit einem sehr niedrigen Zinsfuß zufrieden sein. Die Vorlage bringt ja dem Reiche einen kleinen Vortheil, aber, wenn Sie etwas Ordentliches erreichen wollen, dann geben Sie dem Reiche, was des Reiches ist, und beseitigen das Privatkapital aus der Reichsbank. (Beifall rechts.)

Darauf wird die weitere Debatte bis Montag vertagt.

Deutschland.

Pleß, 29. Novbr. Das Ergebniß der heutigen **Kaiserjagd** war, der „Bresl. Ztg.“ zufolge, folgendes: Zur Strecke wurden gebracht 1004 Fasanen, 82 Hasen und 1 Rehbock; davon erlegte **der Kaiser 446 Fasanen** und 1 Rehbock. Tags vorher schoß der Kaiser 236 Fasanen, etwa 150 Hasen und 6 Hühner. — Während der heutigen Jagd ereignete sich ein Unfall, ein Förster wurde verwundet.

* **Berlin, 29. November.** In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der **Magistrat** mit dem Antrag des Agitationscomités für die **Niederlegung der Schloßfreiheit** auf **Veranstaltung einer Lotterie**, aus deren Erträgniß die Häuser der Schloßfreiheit angekauft und niedergelegt werden sollen. Der Antrag wurde mit nur 1 Stimme Mehrheit nach heftigem Widerspruch angenommen. Zu der Minorität gehörten auch die sachverständigen Stadtbauräthe; die Gegner führten aus, daß das Project über den Bau des Kaiser Wilhelm-Denkmals vorentscheide; es ziehe unberechenbare Kosten und Stadtumwälzungen nach sich. Namentlich sei der Plan der Lotterie verwerflich.

* **[Vernichtung von Personalakten im Kriegsministerium.]** Am 1. Januar k. J. sollen die im geheimen Archiv des Kriegsministeriums befindlichen Personalakten derjenigen Beamten der Militärverwaltung, welche im Jahre 1859 aus dem Dienst geschieden sind, zur Vernichtung gelangen. Diejenigen Personen, welche auf Grund eines Verwandtschaftsverhältnisses zu diesen Beamten die in den Akten vorhandenen Urkunden (Tauf- und Prüfungszeugnisse etc.) zu erhalten wünschen, werden von der Centralabtheilung des Kriegsministeriums aufgefordert, bezügliche Anträge an die bezeichnete Abtheilung gelangen zu lassen und in denselben gleichzeitig das Verhältniß zu den Ausgeschiedenen glaubhaft nachzuweisen.

* **[Prüfung der Wahl des Abg. Websky.]** In der Sitzung der Wahlprüfungscommission vom 29. November kam endlich (wie bereits unter den Telegrammen unserer heutigen Morgen-Ausgabe kurz gemeldet) die Wahl des Abg. Websky (10. Breslau) zur endgiltigen Berathung. Bekanntlich hat dieser Fall die Commission und den Reichstag schon wiederholt beschäftigt. Am 20. März 1888 beschloß die Commissionsmehrheit mit 10 gegen 3 Stimmen, ohne Beweiserhebung die Giltigkeit der Wahl dem Plenum vorzuschlagen; der Antrag kam jedoch in der 2. Session nicht mehr zur Entscheidung des Plenums. Am 1. Dezember 1888 wiederholte die Commission ihren früheren Beschluß; das Plenum des Reichstages verlangte aber am 11. Januar 1889 mit vollem Recht nähere Beweiserhebungen und verwies die Sache zur nochmaligen Vorberathung an die Commission zurück. Die Commission schlug am 18. März eine Reihe von Beweiserhebungen vor, und der Reichstag genehmigte diesen Vorschlag am 9. April. Nachdem nunmehr die Akten über die Beweiserhebungen eingegangen sind, beschloß gestern die Commission mit 7 gegen 4 Stimmen, im Plenum die Giltigkeit der Wahl zu beantragen. Einem Berichte der „Germania“ entnehmen wir über die Verhandlung Folgendes:

Für diesen Beschluß stimmten die Mitglieder der Cartellparteien, dagegen die Mitglieder des Centrums Rochann, v. Gliszczynski, Gröber (Correferent) und der deutschfreisinnige Abg. Schmieder. Die wichtigsten Beschwerdepunkte, nämlich die amtliche Wahlbeeinflussung durch den Lokalschulinspector Dr. Gregorovius in Waldenburg und die Verletzung des Wahlgeheimnisses in Obersalzbrunn, wurden mit 8 gegen 5 Stimmen für unerheblich erklärt. Bezüglich des Falles Gregorovius sind übrigens die Mitglieder der Cartellparteien nur im praktischen Ergebniß — in der Nichtbeachtung des Beschwerdepunktes — einig, denn andererseits führte der Abg. Beiel (nationallib.) als Referent aus, er halte die von dem Kreisschulinspector beliebte Einwirkung auf seine ihm unterstellten Lehrer zwar für eine ungehörige Handlung, nicht aber für eine amtliche Thätigkeit, und er gebe zu, daß, wenn eine amtliche Beeinflussung der Lehrer als erwiesen angenommen werden würde, nicht noch ein thatsächlich garnicht möglicher, mathematischer Beweis für die Wirkung dieser Beeinflussung auf die einzelnen Lehrer, der Nachweis, wie viele Lehrer dadurch zur Wahl des dem Vorgesetzten genehmen Candidaten bestimmt worden seien, gefordert werden könnte. Dagegen erklärte der Abg. Hegel (cons.): Wenn er sich einfach auf den Standpunkt des preußischen Cultusministers, welcher den Kreisschulinspector wegen seines Rundschreibens disciplinirt habe, stelle, so könne er in dem Vorgehen des Kreisschulinspectors zwar eine amtliche Wahlbeeinflussung finden, aber nur eine unerhebliche, weil — deren Wirkung uncontrolirbar sei; mit der Disciplinirung sei die Sache abgethan. Treffend erwiderte Abg. Rochann: Für Dr. Gregorovius möge die Sache durch eine disciplinäre Rüge abgethan sein, für den Reichstag aber nicht.

Der Kreisschulinspector Dr. Gregorovius ist seit der Septennatswahl zum kgl. Seminardirector in Eckernförde befördert worden.

* **[Nichtbestätigung eines freisinnigen Geistlichen.]** Der Kaiser hat, der „Freis. Ztg.“ zufolge, das Recursgesuch zu Gunsten der Bestätigung der Wahl des freisinnigen Predigers Gräbner in Kolberg zum Pfarrer der Thomasgemeinde in Berlin abschläglich beschieden. Es müsse bei der Nichtbestätigung des Consistoriums und des Oberkirchenraths sein Bewenden behalten. Der Vorgang ist insbesondere belehrend für diejenigen, welche seinerzeit in der gegen den Ausspruch des Oberkirchenraths erfolgten Berufung des Professor Harnack nach Berlin ein Symptom einer etwas liberalen Richtung in der Behandlung evangelischer kirchlicher Fragen erblicken wollten. Prediger Gräbner amtirt, bemerkt dazu das genannte Blatt, seit Jahren in Kolberg, ohne daß sein Verhalten den kirchlichen Behörden zu irgend einer Censur Veranlassung gegeben hat. Die Kolberger Gemeinde verehrt Herrn Gräbner; bei seinen Predigten ist die Kirche stets dicht gefüllt. Die Thomaskirche in Berlin ist städtische Patronatskirche. Der Magistrat hatte als Patron einstimmig die auf Pastor Gräbner gerichtete Wahl der Gemeindevertretung bestätigt. Das Consistorium und der Oberkirchenrath aber brachten durch die Nichtbestätigung den Grundsatz zum Ausdruck, daß der Patron und die Gemeinden in Berlin in Bezug auf die Bestellung der Geistlichen nicht einmal ein freies Wahlrecht haben unter denjenigen, die bereits im Predigtamt anderwärts makellos fungirt haben, und daß ein liberaler Geistlicher, welcher in der Provinz amtirt, damit noch nicht den Anspruch hat, von den kirchlichen Oberbehörden auch als Pfarrer in Berlin zugelassen zu werden. Diese Auffassung ist also nunmehr höheren Orts bestätigt worden.

* **[Berliner Dombau.]** Mit dem Project des Dombaues beschäftigt man sich an den amtlichen Stellen, wie die „Voss. Ztg.“ hört, unausgesetzt; gegenwärtig ist man dem Vernehmen nach dabei, Feststellungen über das Raumbedürfniß zu treffen. Sobald diese abgeschlossen sind, dürfte bald der Ausführung näher getreten werden. Das Raschdorff'sche Project kommt mit mehrfachen nicht unwesentlichen Aenderungen zur Ausführung.

* **[Eine Ausschußsitzung des Central-Verbandes deutscher Industrieller]** wird am 14. Dezember d. Js. in Berlin stattfinden. Auf der Tagesordnung derselben befinden sich außer geschäftlichen Angelegenheiten die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Binnenschiffahrtswesens und der Bericht der nach England zur Untersuchung der dortigen Arbeiterverhältnisse entsendeten Commission.

Braunschweig, 29. Nov. In dem **Prozeß** der Nachkommen der Gräfin **Civry**, der Tochter des „Diamanten-Herzogs“, haben heute nunmehr auch die beiden Beklagten, der König von Sachsen und der Herzog von Cumberland, einen Vergleich abgelehnt. Das Urtheil wird am 23. Dezember gefällt werden.

Karlsruhe, 29. November. Die **Gesundheit der Kronprinzessin von Schweden** hat sich während ihres Aufenthaltes in Baden-Baden wesentlich gestärkt. Die Prinzessin hat sich auf den Rath des Geheimraths Dr. Kußmaul seit einigen Wochen mit bestem Erfolge der Behandlung des Specialisten Dr. Katzenberger anvertraut. Eine Consultation zwischen dem schwedischen Arzte Dr. Thamm, dem Geheimrath Dr. Kußmaul, dem Leibarzt Dr. Tenner und dem Dr. Katzenberger hatte das Ergebniß, daß der Frau Kronprinzessin gerathen wurde, ihre Abreise um acht Tage zu verschieben, damit die Behandlung des Dr. Katzenberger den entsprechenden Abschluß finde. Ueber das Befinden der hohen Frau lautet der ärztliche Ausspruch sehr befriedigend; dieselbe wird nach dem Geburtstage der Frau Großherzogin, am 3. Dezember, nach Meran zu dem ihr ärztlich angerathenen Winteraufenthalt abreisen.

Schweiz.

Bern, 29. Novbr. Der Bundesrath hat den Antrag eingebracht, in die Bundesverfassung die Bestimmung aufzunehmen, daß der Bund befugt ist, auf dem Wege der Gesetzgebung die **obligatorische Unfallversicherung** einzurichten. Der Bundesrath soll im weiteren ermächtigt sein, über die Krankenversicherung Bestimmungen zu treffen und für sämmtliche Lohnarbeiter den Beitritt zu einem Krankenkassen-Verband für verbindlich zu erklären. (W. T.)

Serbien.

Belgrad, 29. Novbr. In der heutigen Sitzung der Skupschtina wurde ein Gesetzentwurf betreffend die **Neuorganisation des Heeres** eingebracht.

Der Gesandte der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Bukarest, Snowden, welcher zugleich für Serbien beglaubigt ist, überreichte den Regenten heute sein Beglaubigungsschreiben. (W. T.)

Amerika.

St. Louis, 29. Novbr. Die hier zusammengetretene nationale **Silber-Convention** beschloß, den Congreß zu ersuchen, die unbegrenzte Prägung von Silberdollarmünzen zu veranlassen, die als gesetzliches Währungsmittel den Goldmünzen gleich zu achten wären. (W. T.)

Von der Marine.

* Das **Uebungsgeschwader**, bestehend aus den Panzerschiffen „Kaiser“, „Deutschland“, „Preußen“ und „Friedrich der Große“, ist am 29. November in Lissa eingetroffen und beabsichtigt am 5. Dezbr. wieder in See zu gehen.

Der Aviso „**Pfeil**“ (Commandant Corvetten-Capitän Dräger) ist am 28. November in Vigo eingetroffen und am 29. d. M. wieder in See gegangen.

Am 1. Dezember: S.-A. 7.57, U. 3.41. **Danzig, 30. Nov.** M.-A. b. Tg. M.-U. 12.30.

Wetteraussichten für Sonntag, 1. Dezember, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig, Nebel, vielfach trübe, naßkalt; Niederschläge; mäßiger Wind.

* **[Landschaftswahl.]** Bei der heute Mittag im hiesigen Landschaftshause stattgefundenen Wahl eines Landschafts-Directors und zweier Landschafts-Deputirten für den Danziger Bezirk wurden die Herren Landschafts-Director Albrecht und Deputirte Röhrig-Wierschetzin und Rümker-Kokoschken einstimmig auf 6 Jahre wiedergewählt.

* **[Kreistag.]** Der Kreistag des Kreises Danziger Höhe ist zum 18. Dezember nach Danzig einberufen. Neben der Wahl einiger Kreis-Commissionen und Erhöhung einer Entschädigung für Terrainabtretung zur Eisenbahn Praust-Carthaus stehen auf der Tagesordnung: die Errichtung einer Natural-Verpflegungs-Station für arme Reisende und Begutachtung der Einverleibung des zu Brösen gehörigen Hafenbassinterrains in den Communalverband der Stadt Danzig.

* **[Kreistagswahlen.]** Die Wahlen zum Kreistage des Kreises Danziger Höhe wurden heute Vormittag mit der Wahl der Vertreter des Großgrundbesitzes beendet. Als Vertreter der Landgemeinden sind die Herren Prochnow-Oliva, Engelmann-Löblau und Meller-Gladau wieder- und die Herren Foth-Zigankenberg, Keiler-Dreilinden, Harder-Ohra und Boll-Praust neu gewählt. Im Wahlverbande der Großgrundbesitzer wurden wiedergewählt die Herren Bieler-Bankau, Hirschfeld-Czerniau, Röpell-Maczkau, Schlenther-Kleinhof und Wendt-Artschau, neugewählt die Herren Kunze-Gr. Bölkau und Schrewe-Prangschin. Die bisherigen Kreistags-Mitglieder Herren v. Heyer-Goschin und v. Kries-Bangschin erlangten bei der heutigen Wahl nicht die Majorität.

* **[Versetzung.]** Der Zeuglieutenant Körber ist von der Artillerie-Werkstatt in Danzig an das Artillerie-Depot in Straßburg i. E. versetzt worden.

* **[Centralverein westpreußischer Landwirthe.]** Heute Mittags trat im Landeshause der Verwaltungsrath des Centralvereins zu seiner Herbstsitzung zusammen, welcher auch Herr Oberpräsident v. Leipziger beiwohnte. Nachdem der Vorsitzende Herr v. Puttkamer-Plauth die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet hatte, wurde er durch Acclamation zum Hauptvorsteher für die nächsten 3 Jahre wiedergewählt. Zum Delegirten resp. dessen Stellvertreter zum Landes-Oeconomie-Collegium und zum deutschen Landwirthschaftsrath für das Triennium 1890/92 wurden die Herren v. Puttkamer und v. Kries, gleichfalls durch Acclamation, wiedergewählt und Herr Hauptmann Guter-Löbsch, der langjährige Vorsitzende des Putziger landwirthschaftlichen Vereins, zum Ehrenmitgliede des Centralvereins ernannt. Die Versammlung beschäftigte sich hierauf mit den Anträgen mehrerer Vereine, betreffend die Abhaltung von Gruppen- und Districtsschauen und Abänderung des bei diesen Schauen bisher üblich gewesenen Wahlsystems der Preisrichter. In der Debatte theilte Herr Dr. Oemler mit, daß für das Jahr 1891 die Abhaltung einer Provinzial-Thierschau beabsichtigt sei. Der Antrag des Vereins Riesenburg, 1891 eine Gruppenschau im Regierungsbezirk Marienwerder abzuhalten, wurde abgelehnt. Um den bei den Gruppenschauen für Rindvieh häufig vorgekommenen Mangel an Preisrichtern zu heben, wurde beschlossen, einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter für die Rindviehschauen zu wählen und denselben für jede Schau 30 Mk. Diäten zu gewähren. — Ueber eine Vorlage des Ministers, das Vereinsgebiet in bestimmte, nach den lokalen Verhältnissen abzugrenzende Prämiirungsbezirke für Pferdezuchtmaterial, welche möglichst dauernd beizubehalten sind, einzutheilen und einige Bestimmungen des Prämiirungsplanes abzuändern, referirte Hr. Dr. Oemler und trug einen von der Hauptverwaltung ausgearbeiteten Entwurf für die Einrichtung der Prämiirungsbezirke vor. Da derselbe gegen die heute bestehenden Zustände bedeutende Abweichungen aufweist, so wurde beschlossen, den Plan erst den einzelnen Vereinen zur Begutachtung vorzulegen. Für den Regierungsbezirk Danzig beschlossene Districtsschau soll in Marienburg abgehalten werden, und es sind für dieselbe 4100 Mk. zu Preisen für Rindvieh, 4000 Mk. für Pferde und außerdem 200 Mk. zu kleineren Preisen von je 25 Mk. für das Stallpersonal, welches die prämiirten Thiere gepflegt hat, bewilligt. Hierauf referirte Hr. v. Kries-Trankwitz über die Vorlage des Ministers, ob es sich empfehle, daß westpreußische Züchter die für den Juni nächsten Jahres geplante große Pferde-Ausstellung des Union-Clubs in Berlin beschicken? Der Vortragende wies darauf hin, daß der Unionclub der Ansicht sei, daß in den bisherigen Ausstellungen kein richtiges Bild von dem Stande der deutschen Pferdezucht gewonnen werden könne, und mit seinen reichen Mitteln eine große Pferdeausstellung in Berlin geplan

habe, deren Präsidium dem Minister v. Lucius übertragen worden sei. Zwar sei der Plan noch nicht völlig fertig, doch glaubte der Referent, daß die Ausstellung zur Hebung der Pferdezucht beitragen werde und empfahl die Veranstaltung einer westpreußischen Collectiv-Ausstellung durch Gewährung von Beihilfen aus den staatlichen Prämiengeldern. Herr Schwaan-Wittenfelde erklärte es für bedenklich, daß die für Prämiirung der Pferde von der Staatsregierung bestimmten Summen verkürzt würden, doch der Vorsitzende wies darauf hin, daß die geplante Ausstellung zum ersten Male ein vollständiges Bild der deutschen Pferdezucht bieten werde, und daß Westpreußen bei Ablehnung der Vorlage des Ministers die einzige Provinz sein würde, welche sich an der Ausstellung nicht betheiligte. Auch der Herr Oberpräsident bat im Interesse der Provinz um die Annahme der ministeriellen Vorlage. Herr Hollmann schlug vor, eine Collectiv-Ausstellung westpreußischer Pferde durch eine Commission auswählen zu lassen und dieselbe dann nach Berlin zu senden. Mit Rücksicht auf die schlechten Erfahrungen, die der Centralverein früher mit Collectiv-Ausstellungen gemacht hat, widersprach Hr. Dr. Oemler diesem Vorschlage und beantragte, jedem kleineren Besitzer für jedes Pferd eine Reiseunterstützung von 75 Mark zu gewähren; doch dürfe die Summe von 2000 Mark nicht überschritten werden. Der Vorsitzende hält es für empfehlenswerther, das aus der Provinz stammende Pferdematerial in einer Collection auszustellen, da dasselbe sonst verschwinden würde. Es wurde nun beschlossen, dem Vorstande die Auswahl der Pferde zu überlassen und demselben 2000 Mk. zur Gewährung von 100 Mk. für jedes Pferd zu überweisen. Als Mitglied in das Ausstellungscomité wurde Herr v. Blücher-Ostrowitt gewählt. — Ueber die Frage, ob es angezeigt sei, um eine reichsgesetzliche Regelung des Auswanderungswesens zu petitioniren, referirte Hr. v. Puttkamer. Der Arbeitsmangel, der in einzelnen Provinzen herrsche, hänge mit der Auswanderungsfrage zusammen. Von einem Verbote oder einer Beschränkung der Auswanderung könne nicht die Rede sein, und es wäre socialpolitisch unklug, dieses Sicherheitsventil, durch das Unzufriedene und der Ueberschuß der Bevölkerung seinen natürlichen Abgang finde, zu verstopfen. Es könne sich nur darum handeln, die Formen der Auswanderung durch gesetzliche Maßregeln zu bestimmen. Es handle sich vornehmlich darum, die illegale Auswanderung zu unterdrücken. Man müsse aber zuerst zu ergründen suchen, weshalb ein großer Theil unserer Arbeiter ihr Vaterland verlasse. Es sei nicht zu verkennen, daß auch die Schuld hieran an den Arbeitgebern liege. Zunächst fehle es noch vielfach an einer humanen Behandlung der Arbeiter und die großen Strikes in den Industriegegenden lieferten den Beweis, daß humane Arbeitgeber von denselben verschont worden seien. Auch bei den ländlichen Arbeitern würden, wenn nicht bald Aenderungen eintreten, sich ähnliche Verhältnisse zeigen. Zweitens seien die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande noch vielfach sehr mangelhaft. Drittens müsse für die Hebung der Religiösität, der Vaterlandsliebe und Sittlichkeit mehr gethan werden. Auch müsse die Arbeitszeit verkürzt werden. Seiner Ansicht nach müsse der Auswanderung ein Aufgebot vorhergehen, und nach diesem ein Auswanderungsattest ausgestellt werden. Der Redner schlug vor, eine Petition über Erlaß eines Auswanderungsgesetzes an den Reichstag zu richten. (Schluß des Blattes.)

* **[Stadt-Theater.]** Da in der gegenwärtigen Saison ein so lebhafter Verbrauch von Serienbillets stattfindet, daß mit dem Ablauf der zweiten Serie (Ende Dezember) schon der größte Theil der auf die dritte und vierte Serie entfallenden Billets eingelöst ist, so hat die Direction von heute ab ein neues Serien-Abonnement, giltig für alle noch stattfindenden Vorstellungen, aufgelegt. Der Abonnementspreis ist in zwei Raten, bei Einzeichnung in die Listen und am 2. März k. J., zahlbar.

* **[Schwurgericht.]** Auch heute hatten sich die Geschworenen mit zwei Fällen zu beschäftigen. Zuerst wurde gegen den Arbeiter Bernhard Dove verhandelt, welcher angeschuldigt war, am 8. September d. J. in Ohra den Arbeiter August Adrian durch einen Messerstich verletzt und hierdurch dessen Tod herbeigeführt zu haben. Der Angeklagte traf mit dem bereits mehrfach wegen Körperverletzung bestraften Adrian am 8. September in einem Gasthause zusammen und gerieth mit ihm wegen einer geringfügigen Ursache in einen Streit, der sich später auf der Straße fortspann. Adrian ergriff die Flucht, wurde aber von Dove verfolgt, zu Boden geworfen und erhielt mehrere Schläge. Als er sich erhob, blutete er stark aus mehreren Wunden und starb noch an demselben Tage in Folge einer Verletzung der Halsarterie. Dove behauptete, Adrian habe ihn geschlagen und mit einem geöffneten Messer bedroht. Er habe ihm das Messer beim Ringen entrissen und ihm mit demselben in der Erregung und Wuth mehrere Stiche versetzt. Der Angeklagte wurde zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt. Die Verhandlungen in der zweiten Sache waren beim Schluß der Redaction noch nicht beendet.

* **[Bahnhofs-Restauration.]** Die vom 1. Dezember ab frei gewordene Bahnhofs-Restauration in Praust ist dem früheren Hotelbesitzer Conrad in Christburg für sein Meistgebot von 1000 Mk. übertragen worden.

[Polizeibericht vom 30. November.] Verhaftet: 1 Junge wegen Diebstahls, 2 Mädchen wegen groben Unfugs, 7 Obdachlose, 2 Bettler, 1 Betrunkener, 4 Dirnen. — Gefunden: 1 Glaserdiamant, 1 Taschentuch, gez. J. K.; abzuholen bei der königl. Polizei-Direction.

* **[Personalien bei der Justiz.]** Der Rechtsanwalt Schultz in Neustadt siedelt nach Kulm über, der Gerichts-Assessor Kramer in Königsberg ist zum Staatsanwalt in Insterburg und der Rechtsanwalt Krantz in Tilsit zum Notar ernannt.

Graudenz, 29. November. Die hiesige conservative Vereinigung hat, wie wir im „Ges." lesen, gestern in einer schwach besuchten Versammlung beschlossen, bei der bevorstehenden Reichstagswahl die Candidatur des Herrn Hobrecht zu unterstützen.

Kulm, 28. Nov. Da das Cadettenhaus demnächst nach Cöslin verlegt wird und über eine Verstärkung des hiesigen Militärs noch nichts bekannt ist, hat sich eine Deputation, bestehend aus den Herren Bürgermeister Pagels, Rathsherr Rost und Stadtverordnetenvorsteher Ruhemann, nach Berlin begeben, um bei dem Kriegsminister darüber vorstellig zu werden.

K. Schwetz, 28. Novbr. Kaum ist eine Anlage auf unserem Bahnhofe beendet und schon wieder stellt sich eine weitere Vergrößerung desselben als Nothwendigkeit heraus. Die Hauptursache davon ist der Verkehr, welchen die Zuckerfabrik Schwetz hervorruft. Die fahrplanmäßigen Züge reichen zur Befriedigung desselben nicht aus, es müssen öfters Separatzüge zwischen Terespol und Schwetz eingelegt werden. An manchen Tagen kommen über 60 Waggons mit etwa 12 000 Ctr. Rüben an. Rechnet man dazu die Transporte von Schnitzel, Kohlen, Kalksteinen etc., so kann man sich einen Begriff von dem Güterverkehr der hiesigen Zuckerfabrik machen. Aber auch im allgemeinen tritt die Wichtigkeit der letzteren für den ganzen Kreis immer mehr hervor. Während die Ernte der Cerealien kaum noch einen Reinertrag abwirft, hat in diesem Jahre der Rübenertrag einen guten Ueberschuß gebracht. Dazu hört man, daß seitens der Zuckerfabrik alles geschieht, um den Wünschen der Rübenlieferanten gerecht zu werden. Was den Betrieb der Fabrik anbelangt, so muß rühmend anerkannt werden, daß in diesem Jahre nicht die kleinste Störung vorgekommen und eine tägliche Verarbeitung von 8000 Ctrn Rüben und darüber erreicht ist. Es ist das gerade in dieser Campagne sehr wichtig, da dieselbe die bedeutendste zu werden verspricht, welche die Fabrik bis jetzt erreicht hat. Das vorjährige Quantum ist bereits weit überholt und voraussichtlich hat die Fabrik noch bis Weihnachten zu arbeiten. Auch die Ausbeute soll erheblich besser sein als im Vorjahre. — Eine schwere Unthat verübte ein hiesiger Schuhmacher am Mittwoch Abend. Aus dem Wirthshaus heimkehrend, gerieth er mit seiner Schwiegermutter und seiner Tante in Streit. Hierbei schlug er mit einer Schnapsflasche und mit einem Stuhlbein auf die Frauen los und verletzte sie derart, daß erstere bereits ihren Kopfverletzungen erlegen, die zweite lebensgefährlich verwundet ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Ehefrau des Thäters hatte sich mit ihrem Kinde auf dem Arme bei Beginn des Streites aus dem Hause geflüchtet.

Gumbinnen, 29. Novbr. Der hiesige Bürgermeister Meiser hat bei der Stadtverordneten-Versammlung zum 1. März k. J. seine Pensionirung nachgesucht.

Schiffs-Nachrichten.

* **Danzig**, 30. November. Die hiesige Brigg „Paul Gerhard" (Capt. Kalff) ist gestern in London angekommen.

Riga, 27. November. Die russische Bark „Trimpus" ist auf dem Riff von Domesnaes gestrandet und voll Wasser. Mannschaft gerettet.

Maasluis, 28. Novbr. Ein unbekannter Dampfer ist auf der Maasfläche gestrandet. Ein Rettungsboot ist dorthin gegangen.

Terschelling, 28. November. Hier sind Wrackstücke mit Steinkohlen und Theile eines Schiffsbootes mit dem Namen „Olbert", „Albert" oder „Alert" angetrieben, die vermuthlich von dem gestern gesunkenen Schiffe herstammen.

Marseille, 28. November. Im hiesigen Hafen ist der Dreimaster „Ville de Paris" mit 3000 Pulvertönnchen an Bord aufgeflogen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 30. November.

		Crs. v. 29			Crs. v. 29.
Weizen, gelb			2. Orient-Anl.	66,00	66 00
Nov.-Dezbr.	188,50	189,50	4% russ. Anl. 80	92,80	92 80
April-Mai	195,70	196,20	Lombarden	55 50	55 2[illegible]
Roggen			Franzosen	102 7[illegible]	103,9[illegible]
Nov.-Dezbr.	172 50	172,70	Cred.-Actien	171,50	171,00
April-Mai	174,50	175,00	Disc. Comm.	246 70	244,9[illegible]
Petroleum pr.			Deutsche Bk.	173,90	174,00
200 Pfd			Laurahütte	180,00	180,00
loco	25,10	25,10	Oestr. Noten	172,25	172,20
Rüböl			Russ. Noten	216.60	217.00
November	70,80	71.00	Warsch. kurz	216,10	216 25
April-Mai	65,50	65.50	London kurz	20 365	20,355
Spiritus			London lang	20,185	20,175
Nov.-Dezbr.	30,70	31,00	Russische 5%		
April-Mai	31 80	32 10	SW.-B. g. A.	72,50	71,00
4% Reichsanl.	107.40	106.70	Danz. Privat-		
3½% do.	103.00	102,60	bank	—	—
4% Consols	105 40	105,25	D. Oelmühle	155,00	151,75
3½% do.	103.40	103.20	do. Priorit.	137,50	136,00
3½% westpr.			MlawkaSt-P	115,90	116,20
Pfandbr.	100,30	100,30	do. St-A	63,20	64,00
do. neue	100,25	100,30	Ostpr. Südb.		
3% ital. g. Prio.	57,60	57,75	Stamm-A.	93 00	91,50
5% Rum. G.-R.	86,90	86,75	Danz. St.-Anl	101.50	101,50
Ung. 4% Gldr.	86.70	86,60	Türk. 5% A.-A.	82,40	82,50

Fondsbörse: fest.

Bremen, 29. November. Petroleum. (Schlußbericht.) Sehr fest. Standard white loco 7,30 bez.

Mannheim, 29. Novbr. Getreidemarkt. Weizen per Novbr. 20,35, per März 20 35, per Mai 20,65. — Roggen per Novbr. 17,50, per März 17,45, per Mai 17,50. — Hafer per Novbr. 15,40, per März 15,60, per Mai 16,10.

Wien, 29. Novbr. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 85,80, do. 5% do. 101 00, do. Silberrente 86 15 4% Goldrente 107,75, do. ungar. Goldr. 101 05, 5% Papierrente 97,55, 1860er Loose 139,25, Anglo-Aust. 145,10, Länderbank 220 30, Creditact. 314,75, Unionbank 239,50, ungar. Creditactien 335,00, Wiener Bankverein 117,30, Böhm. Westbahn —, Böhm. Nordbahn 218,00, Busch. Eisenbahn —, Dux-Bodenbacher —, Elbethalbahn 216 50, Nordbahn 2575,00, Franzosen 240,35, Galizier 183 00 Lemberg-Czern. 232,50, Lombarden 128,75, Nordwestbahn 189,25, Pardubitzer 166,50, Alp. Mont. Act. 97 75 Tabakactien 117.00, Amsterdamer Wechsel 97,85, Deutsche Plätze 58,10, Londoner Wechsel 118,30, Pariser Wechsel 46,85.

Napoleons 9,42, Marknoten 58,10, Russ. Banknoten 1,25¼, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 29. November. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per Nov. 194, per März 204 — Roggen loco höher, auf Termine höher, per März 148—149—150—149, per Mai 148—149. Rüböl loco 38¾, per December 36, per Mai 36½.

Antwerpen, 29. Novbr. Getreidemarkt. Weizen fest. Roggen fest. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen, 29. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 17⅛ bez. und Br., per December 17⅛ Br., per Januar-März 17¼ Br. Fest.

Paris, 29. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Nov. 22,30, per Dezbr. 22,40, per Januar-April 23,00, per März-Juni 23,40. — Roggen ruhig, per Novbr. 14,75, per März-Juni 15,00. — Mehl ruhig, per Novbr. 51,00, per Dezbr. 51,25, per Januar-April 52,10, per März-Juni 52,90. — Rüböl fest, per Nov. 82,75, per Dez. 82,25, per Januar-April 82,25, per März-Juni 77,75. — Spiritus ruhig, per Nov. 38,50, per Dezbr. 38,75, per Januar-April 40,00, per Mai-August 40,50. — Wetter: Schön.

Paris, 29. Nov. (Schluß-Course.) 3% amort. Rente 91,45, 3% Rente 81,70, 4½% Anl. 105,20, 5% italien. Rente 96,85, 4% Oester. Goldrente 92,50, 4% ungar. Goldrente [illegible], 4% Russen 1880 [illegible], 4% unific. Aegypter [illegible], 4% span. äuß. Anleihe 73⅛, conv. Türken 17,50, türkische Loose 76,40, 5% priv. türk. Obligationen 427,00, Franzosen 531,25, Lombarden 287,50, Comb. Prioritäten 316,25, Banque ottomane 538,75, Banque de Paris 816,00, Banque d'escompte 527,50, Credit foncier 1365,00, do. mobilier 387,50, Meridional-Actien 695,00, Panamacanal-Actien 73,75, do. 5% Oblig. 60,00, Rio Tinto-Actien 501,25, Suezcanal-Actien 2232,50, Wechsel auf deutsche Plätze 122⅞, Londoner Wechsel kurz 25,21½, Cheques a. London 25,23½, Compt. d'Escompte neue 635.

Havre, 29. Novbr. Kaffee. Good average Santos per Novbr. 103,50, per März 103,00, per Mai 103,00. Ruhig.

London, 29. Novbr. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 30 920, Gerste 21 120, Hafer 121 40 Qrts. Feiner engl. Weizen fest, anderer sehr ruhig, fremder ruhig, stetig. Mehl fest. Gerste sehr angenehm. Mais ½ sh. theurer. Hafer stetig. Hafer ¼—½ sh. gegen vorige Woche theurer. Bohnen und Erbsen stetig, im allgemeinen ruhig.

London, 29. Nov. Consols [illegible], 4% preuß. Consols 105, ital. 5% Rente 95¼, Lombarden 11½, 4% cons. Russen von 1889 (II. Serie) 91½, conv. Türken 17⅛, österreich. Silberrente 69, österr. Goldrente 92, 4% ungar. Goldrente 83⅝, 4% Spanier 72⅞, 5% privilegirte Aegypter 102¼, 4% unific. Aegypter 83½, 3% garantirte Aegypter 100¾, 4% ägypt. Tributanl. 93½, 6% consol. Mexikaner [illegible], Ottomanbank 11½, Suezactien 92, Canada-Pacific 53⅞, De Beers-Actien neue 20, Rio Tinto 15⅛, Rubinen-Actien 1½% Agio. Platzdiscont [illegible].

Glasgow, 29. November. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 sh. 9 d.

Liverpool, 29. Novbr. Getreidemarkt. Weizen fest, Mehl und Mais unverändert. Wetter: Regnerisch.

Petersburg, 29. November. Wechsel a. London 3 M. 93,40, do. Berlin 3 M. 45,85, do. Amsterdam 3 M. 77,35, do. Paris 3 M. 37,05, ½-Imperials 7,54, russ. Präm.-Anleihe de 1864 (gestplt.) 247, russ. Präm.-Anl. de 1866 (gestplt.) 231, do. 2. Orient-Anleihe 99⅞, do. 3. Orientanleihe 99⅜, do. 4% innere Anleihe 84¼, do. 4½% Bodencredit-Pfandbriefe 147¼, Große russ. Eisenbahnen 238, Kursk-Kiew-Actien 262, Petersburger Discontobank 665, Petersburger intern. Handelsbank 475, Petersburger Privat-Handelsbank 332, russ. Bank für auswärt. Handel 254, Warschauer Discontobank —, Privatdiscont 5.

Petersburg, 29. Novbr. Productenmarkt. Talg loco 47,00, per August —. Weizen loco 10,50. Roggen loco 7,00. Hafer loco 4,30. Hanf loco 45,00. Leinsaat loco 13,00. — Wetter: Trübe.

Newyork, 29. Nov. Wechsel auf London 4,86¾. Rother Weizen loco 1,02¼, per Nov. 0,98⅝, per Dezbr. 0,99¼, per Mai 0,98⅛. — Mehl loco 2,80. — Mais 0,42½. — Fracht 2. — Zucker 5.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 30. November.

Weizen loco fest, per Tonne von 1000 Kilogr. feinglasig u. weiß 126—136 Pfd 147—188 M Br., hochbunt 126—136 Pfd 147—188 M Br., hellbunt 126—134 Pfd 145—186 M Br., bunt 126—134 Pfd 143—185 M Br., 120 bis 186 M bez., roth 126—136 Pfd 136—185 M Br., ordinär 120—134 Pfd 125—180 M Br.

Regulirungspreis bunt lieferbar transit 128 Pfd 137 M, zum freien Verkehr 128 Pfd 182 M.

Auf Lieferung 128 Pfd bunt per Novbr.-Dezember zum freien Verkehr 180 M Gd., transit 136 M Gd., per Dezbr.-Januar transit 137 M Br., 136 M Gd., per April-Mai zum freien Verkehr 182 M bez., transit 141½ M bez., per Mai-Juni transit 142½ M Br., per Juni-Juli transit 145 M Br.

Roggen loco fest, per Tonne von 1000 Kilogr. grobkörnig per 120 Pfd inländ. 161 M, transit 111 M bez. feinkörnig per 120 Pfd transit 111 M bez.

Regulirungspreis 120 Pfd lieferbar inländischer 165 M, unterpoln. 112 M, transit 111 M.

Auf Lieferung per Novbr.-Dezember inländ. 161 M Gd., transit 108 M Gd., per April-Mai inländ. 166 M Br., 165½ M Gd., transit 113 M Gd.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr. kleine 100—106 Pfd 130—146 M bez., [illegible] russ. [illegible] M bez.

Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. [illegible] M bez.

Hafer per Tonne von 1000 Kilogr. inl. 155 M bez.

Kleie per 50 Kilogr. zum Seeexport Weizen- 4,15 M bezahlt.

Spiritus per 10 000 % Liter loco contingentirt 49 M Gd., per Novbr.-April 49¼ M Gd., nicht contingentirt 30¼ M bez., per Novbr.-April 30 M Gd.

Rohzucker ruhig. Rendement 88° Transitpreis franco Neufahrwasser 12,60 M Gd., Rendem. 75° Transitpreis franco Neufahrwasser 11,35—11,45 M bez. per 50 Kgr. incl. Sack.

Steinkohlen per 3000 Kilogr. ab Neufahrwasser in Kahnladungen, englische Schmiede-Nuß- 50—52 M bez., englische Maschinen- 45—47 M bez.

Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 30. November.

Getreidebörse. (H. v. Morstein.) Wetter: Schön. Wind: W.

Weizen. Inländischer gefragt und 1—2 M theurer bezahlt, Transit unverändert. Bezahlt wurde für inländischen glasig 131 Pfd 188 M, weiß 127 Pfd 180 M, 127 Pfd 186 M, hochbunt 126 Pfd 185 M, Sommer- 119 Pfd 171 M, [illegible] 165 M, 125 Pfd 177 M, für polnischen zum Transit hellbunt krank 128 Pfd 138 M, hellbunt 128/9 Pfd 140 M, feinbunt 129/30 Pfd 142 M, hochbunt 128 Pfd 142 M, 129 Pfd 143 M, für russischen zum Transit streng roth 129 Pfd 142 M, Ghirka- 116/7 Pfd 120 M per Tonne. Termine: Novbr.-December zum freien Verkehr 180 M Gd., transit 130 M Gd., Dezbr.-Januar 137 M Br., 136 M Gd., April-Mai zum freien Verkehr 182 M bez., transit 141½ M bez., Mai-Juni transit 142½ M Br., Juni-Juli transit 145 M Br. Regulirungspreis zum freien Verkehr 182 M, transit 138 M.

Roggen fest. Inländischer ohne Handel, russischer zum Transit 121 Pfd, 125 Pfd u. 128 Pfd 111 M, 119 Pfd und 121 Pfd 110 M, Alles per 120 Pfd per Tonne bezahlt. Termine: Novbr.-Dezbr. inländ. 161 M Gd., transit 108 M Gd., April-Mai inländischer 166 M Br., 165½ M Gd., transit 113 M Gd. Regulirungspreis inländisch 165 M, unterpolnisch 111 M, transit 111 M.

Gerste ist gehandelt inländ. kleine 100 Pfd 130 M, 106 Pfd 134 M, hell 105 Pfd 146 M, russische zum Transit 101/2 Pfd 102 M, 102/3 Pfd 103 M, 108 Pfd 108 M, 10? Pfd und 107/8 Pfd 1?9 M, hell 105 Pfd 110 M, weiß 108/9 Pfd 124½ M, gelb dick 108 Pfd 118 M per Tonne. — Hafer inländ. fein 155 M per Tonne bez. — Erbsen inländ. Koch- 60 M per Tonne gehandelt. — Pferdebohnen galizische zum Transit alt etwas schimmelig 120 M per Tonne bezahlt. — Weizenkleie zum Seeexport feine 4,15 M per 50 Kilogr. gehandelt. — Spiritus contingentirter loco 49 M Gd., Novbr.-April 49¼ M Gd., nicht contingentirter loco 30¼ M bez., Nov.-April 30 M Gd.

Danziger Fischpreise vom 29. November.

Lachs, groß, 2,50 M, klein 1,50 M, Aal 0,80—0,90 M, Zander 0,80—1,00 M, Bressen 0,40—0,60 M, Karpfen 0,80—0,90 M, Hecht 0,50—0,70 M, Barsch 0,50—0,60 M, Plötz 0,20 M, Dorsch 0,20—0,30 M per Pfd, Flundern per Mandel 0,30—2,00 M, Hering per Schock 0,40 M.

Produktenmärkte.

Stettin, 29. Novbr. Getreidemarkt. Weizen fest, loco 180,00—185,00, do. per Novbr.-Dez. 185,00, per April-Mai 190,50, do. per Mai-Juni 192. — Roggen fest, loco 166—170, do. per Nov.-Dez. 168,50, do. per April-Mai 170,50, do. per Mai-Juni 170,50. Pomm. Hafer loco 150—157. — Rüböl unveränd., per Novbr. 71, per April-Mai 65,50. — Spiritus matt, loco ohne Faß mit 50 M Consumsteuer 50,30 M, mit 70 M Consumsteuer 31,00, per Novbr. mit 70 M Consumsteuer 30,50, per Novbr.-Dezbr. mit 70 M Consumsteuer 30,50, per April-Mai 31,50. Petroleum loco 12,35.

Berlin, 29. Novbr. Weizen loco 182—195 M, per Nov. 189¾ M, per November-Dezbr. 189½ M, per April-Mai 196¼—196 196½—198¼ M, per Mai-Juni 196½—196¼—196¾—198½ M, per Juni-Juli 196½ M — Roggen loco 168—177 M, per November 173 M, per Novbr-Dezbr. 173—172¾ M, per April-Mai 175¼—174½—175 M, per Mai-Juni 174¾—174½ M — Hafer loco 160—175 M, ost- und westpr. 162—166 M, pomm. und uckermärk. 163—167 M, feiner schlesischer, preuß. u. mecklenburg. 168—170 M a. B., russischer 165—170 M frei Wg., per Nov. 163½—164½ M, per Nov.-Dez. 163—164 M, per April-Mai 162¾—163 M, per Mai-Juni 162 M — Mais loco 134—142 M, per April-Mai 122½ M — Gerste loco 133—210 M — Kartoffelmehl loco 16,00 M, per Novbr.-Dezbr. 15,80 M — Trockene Kartoffelstärke loco 16,00 M, per Nov.-Dez. 15,90 M — Feuchte Kartoffelstärke per Nov.-Dez. 7,60 M — Erbsen loco Futterwaare 154—163 M, Kochwaare 164 bis 205 M. — Weizenmehl Nr. 0 23,00—21,00 M, Nr. 00 26—24,50 M — Roggenmehl Nr. 0 25,50—24,50 M, Nr. 0 u. 1 24,25—22,75 M, ff. Marken 26,20 M, per Novbr. 24,40 M, per Novbr.-Dezbr. 24,40 M, per Dez.-Jan. 24,20—24,25 M, per April-Mai 24,40 M — Petroleum loco 25,1 M — Rüböl loco ohne Faß 70,2 M, per Novbr. 71,0 M, per Novbr.-Dezbr. 69,8—70,0 M, per Dez.-Januar 69,4 M, per Januar-Februar 67,8 M, per April-Mai 65,5 M — Spiritus loco unversteuert (50 M) 50,9—50,5 M, unversteuert (70 M) 31,3 M, per Nov. 31,6—31,0—31,1 M, per Novbr.-Dezbr. 31,3—31,0 M, per Dezbr.-Januar 31,3—31,0 M, per April-Mai 32,3—32,0—32,1 M, per Mai-Juni 32,6—32,3—32,4 M, per Juni-Juli 33,1—32,8—32,9 M.

Magdeburg, 29. Novbr. Zuckerbericht. Kornzucker excl. 92 % 16,45, Kornzucker excl. 88 % 15,65, Nachprodukte excl. 75 % fein Rendement 12,00. Fest. f. Brodraffinade 29. Gem. Raffin. II. mit Faß 28,00. Gem. Melis I. mit Faß 25,50. Fest. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per November 11,95 bez. und Br., per Dezbr. 11,90 bez., 11,87½ Br. Schwach. Wochenumsatz im Rohzuckergeschäft 370 000 Ctr.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 29. November. Wind: W.

Angekommen: Alfred (SD.), Blank, Fehmarn, leer.

Gesegelt: Lining (SD.), Arends, Rotterdam, Güter.

30. November. Wind: SSW.

Im Ankommen: 1 Schiff.

Plehnendorfer Canalliste.

29. November.

Schiffsgefäße.

Stromab: Kraskowski, Neuteich, 40 T. Weizen, 12,50 T. Gerste, Doring, Danzig. — Ulm, Bloch, 95 T. Weizen, Steffens, Danzig.

Holztransporte.

Stromab: 5 Traften Plancons, Sleepers, Kantholz, Rußland Hornstein, Tambin, Mentz, Weichselmünde.

1 Traft eich. Rundklötze, Träger, Rußland Löwenherz, Kester Müller, Siegeskranz.

2 Traften eich. Plancons, Schwellen, Kantholz, Galizien Rapoport, Wilkower, Münz, Heubuder Land.

Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 29. November. Wasserstand plus 1,33 Meter. Wind: W. Wetter: trübe.

Meteorologische Beobachtungen.

Nov.	Stde.	Barom. Stand mm	Thermom. Celsius	Wind und Wetter.
29	4	756,6	+ 0,2	W, flau, leicht bewölkt.
30	8	762,4	— 1,5	SSW, flau b. mäßig, bew.
	12	763,5	+ 0,5	WSW, mäßig, bewölkt.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Berliner Fondsbörse vom 29 November.

Die heutige Börse eröffnete in recht fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Coursen auf speculativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen und Notirungen günstiger lauteten. Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen lebhafter zu vielfach anziehenden Coursen doch blieben auch einige Verkehrsgebiete ruhiger. In der zweiten Hälfte der Börsenzeit machte sich in Folge von Realisationen ziemlich allgemein eine Abschwächung der Haltung bemerklich. Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen bei regeren Umsätzen, 3½% Reichs- und preuß. consol. Anleihe anziehend; auch fremde festen Zins tragende Papiere erschienen fester; Italiener, russische Anleihen und ungarische 4% Goldrente etwas besser und lebhafter. Der Privatdiscont [illegible]. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditactien zu [illegible] Wien [illegible] fest [illegible] Bahnen waren behauptet, Dux-Bodenbacher fester, auch Warschau-Wien [illegible] ländische Bahnen wenig verändert. Bankactien waren recht [illegible] aber nur vereinzelt lebhaft; Montanwerthe belebt und steigend.

Deutsche Fonds.

[illegible]	[illegible]	[illegible]

Ausländische Fonds.

[illegible]	[illegible]	[illegible]

Hypotheken-Pfandbriefe.

[illegible]	[illegible]	[illegible]

Lotterie-Anleihen.

[illegible]	[illegible]	[illegible]

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

	Div. 1888.	
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Ausländische Prioritäts-Actien.

[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bank- und Industrie-Actien. 1888.

[illegible]	[illegible]	[illegible]

Berg- und Hüttengesellschaften.

	Div. 1888.	
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Wechsel-Cours vom 29. Novbr.

Amsterdam	8 Tg.	[illegible]	[illegible]
do.	2 Mon.	[illegible]	[illegible]
London	8 Tg.	[illegible]	[illegible]
do.	3 Mon.	[illegible]	[illegible]
Paris	8 Tg.	[illegible]	[illegible]
Brüssel	8 Tg.	[illegible]	[illegible]
do.	2 Mon.	[illegible]	[illegible]
Wien	8 Tg.	[illegible]	[illegible]
do.	2 Mon.	[illegible]	[illegible]
Petersburg	[illegible]	[illegible]	[illegible]
do.	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Warschau	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Discont der Reichsbank 5 %.

Sorten.

Dukaten	[illegible]
Sovereigns	[illegible]
20-Francs-St.	[illegible]
Imperials per 500 Gr.	[illegible]
Dollar	[illegible]
Englische Banknoten	[illegible]
Französische Banknoten	[illegible]
Oesterreichische Banknoten	[illegible]
Russische Banknoten	[illegible]

Naturforschende Gesellschaft.

Mittwoch, den 4. Dezember, 7 Uhr Abends, Frauengasse 26:

1. Ordentliche Sitzung:

Herr Hauptlehrer a. D. Brischke: Ueber unregelmäßige Entwicklung einiger Insekten und über einen Eingeweidewurm in Blattwespenlarven. Herr Professor Momber: Ueber den Ursprung der atmosphärischen und der Gewitter-Electricität.

2. Außerordentliche Sitzung:

Mitgliederwahl.

Bail.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.